**2. Satzung zur Änderung der
Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten für
Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten
(Kostensatzung)**

in der Fassung vom 20.12.2018

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung)
Artikel 2	Neubekanntmachung
Artikel 3	In-Kraft-Treten

Aufgrund der §§ 2 und 9 ff des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S 116), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) und des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) hat der Stadtrat der Stadt Heidenau in seiner öffentlichen Sitzung am xx.xx.2022 folgende

**2. Satzung zur Änderung der
Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten für
Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten
(Kostensatzung)**

beschlossen:

Artikel 1

**Änderung der Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten
für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten**

Die Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) vom 28. April 2011, zuletzt geändert durch die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten (Kostensatzung) vom 20. Dezember 2018 wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 wird im Anschluss an Abs. 3 folgender Absatz 4 neu eingefügt:

„(4) Die nach dieser Satzung zu erhebenden Kosten verstehen sich als Nettokosten. Sofern einzelne Kosten der Umsatzsteuer unterliegen, werden die Verwaltungskosten zuzüglich der gesetzlich anfallenden Umsatzsteuer erhoben.“

2. Der bisherige § 3 Abs. 4 wird § 3 Abs. 5.

3. § 8 wird wie folgt neu gefasst:

„Gemäß § 8a Abs. 2 SächsKAG finden bei der Erhebung von Kosten nach dieser Satzung die §§ 2, 3 Absatz 4 bis 6, § 4 Absatz 2, 3 und 5, §§ 6 bis 9, 11 bis 13, 15, 16, 17 Absatz 1 bis 3 und 5, §§ 18 bis 20, 22 und 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes (SächsVwKG) entsprechende Anwendung.“

4. Im Kostenverzeichnis zur Kostensatzung der Stadt Heidenau werden in den nachfolgend genannten Positionen folgenden Änderungen vorgenommen

4.1 In der Kostenposition 1.4 werden die Worte "§ 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsVwKG" durch die Worte "§ 11 Abs. 1 Nr. 6 SächsVwKG" ersetzt.

4.2 Die Kostenposition 7.1 wird ersatzlos gestrichen.

- 4.3 In der Kostenposition 7.4 werden die Worte "§ 10 Abs. 2 i. V. m. § 25 der Polizeiverordnung der Stadt Heidenau" durch die Worte "§ 12 Abs. 2 i. V. m. § 25 der Polizeiverordnung der Stadt Heidenau" ersetzt.

Artikel 2 Neubekanntmachung

Der Bürgermeister kann den Wortlaut der Satzung der Stadt Heidenau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) in der ab dem 01.01.2023 geltenden Fassung im „Heidenauer Journal“ bekanntmachen.

Artikel 3 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Heidenau, den xx.xx.2022

J. Opitz
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Sächsische Gemeindeordnung

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Das gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a. die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b. die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Heidenau, den xx.xx.2022

J. Opitz
Bürgermeister